

Tabak-Arbeiter

Nr. 12 / Bremen, den 20. März 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter er dreht wöchentlich und in durch alle Verhältnisse zu beziehen.
 — Monatlicher Bezugspreis 40 Gold wenn ohne Bringerlohn — Anzeigenpreis
 50 Gold wenn für die vierteljährliche Periode. — Schluss der Anzeigenannahme mit
 der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur Ferdinand Dabms.
 — Verlag Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer
 Buchdrucker und Verlagsanstalt J. H. Schmalz & Co. — sämtlich in Bremen

Verbandsverzeichn. Kassen u. d. r. Bremen, an der Weide 21, Leipzig am
 Roland 44 — Geld- und Einnahmeverbindungen an Johannes Krohn. — Postfach-
 konto 5340 beim Postamt Hamburg. — Bankkonto Kontokorrent der Groß-
 einkaufsgesellschaft Deutscher Kaufmänner m. b. H. Hamburg und Bank der Arbeiter,
 Angestellten und Beamten, K. O. Berlin. — Verbandsvorsitzender, Karl Reichmann.
 — Verbandsausdruck U. Schöne, Hamburg, Vörländerthor 57, Zimmer 45-46

Achtet auf die Innehaltung der Tariflöhne

In der letzten Zeit ist uns wiederholt berichtet worden, daß Zigarrenfabrikanten — auch Mitglieder des ADZ. — den Versuch machen, die tariflich festgelegten Löhne zu drücken bzw. abzubauen. Einige probieren es mit Versprechungen und Trohungen aller Art, während andere glauben, durch Eingruppierung der einzelnen Zigarren in niedrigere Fassung- oder Gewichtsklassen ihr Ziel zu erreichen. Nach den Lebensarten dieser abbaulustigen Unternehmer würde in kurzer Zeit die Zigarrenindustrie sich zu ungeahnter Blüte entwickeln und alle Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Ende nehmen, wenn es möglich wäre, die Produktionskosten durch eine Herabsetzung der Tabakarbeiterlöhne zu ermäßigen. Als ob es keinen Unternehmerrginn, keinen Händlergewinn und keine Zigarrenfabrikanten gäbe, die, um im Stile der „Süddeutschen Tabakzeitung“ zu schreiben, durch ihr unsinniges Verhalten bei den Tabakeinschreibungen in Amsterdam den Grundpfeiler für die Bildung von blödsinnig hohen Tabakpreisen geschaffen haben.

Den Zigarrenfabrikanten, die da glauben, einer schwierigen Situation nur durch Herabdrücken der Löhne Herr werden zu können, kann nicht dringend genug empfohlen werden, das Buch des amerikanischen Automobilkönigs Henry Ford „Mein Leben und Werk“ eingehend zu studieren. Sie werden darin folgende Stelle finden:

Wer den Konsumenten die höchste Qualität zu niedrigsten Preisen zu liefern vermag, wird unfehlbar ein Führer der Industrie werden, gleichgültig, welchen Artikel er produziert. Reduziert die Kosten durch tüchtigere Geschäftsführung! Reduziert die Preise entsprechend der Kaufkraft! Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen.

Hohe Löhne helfen zum Glück die Kosten verringern, weil die Leute, da sie keine pekuniären Sorgen haben, in ihrer Arbeit immer tüchtiger werden. Die Einführung des Mindestlohnes von 5 Dollar für einen achtstündigen Arbeitstag war einer der klügsten Schritte in der Preispolitik, die wir je getan haben.

Hütet euch, das Produkt zu verschlechtern! Hütet euch, die Löhne zu verbilligen und das Publikum zu überleuern! Stodt Gehirn in eure Geschäftsmethode, Gehirn und noch mehr Gehirn . . .

Damit wollen wir es für diesmal bewenden lassen. An die Mitglieder unseres Verbandes ergeht die dringende Aufforderung, jeden Versuch der Reduzierung der Tariflöhne der zuständigen Gauleitung unter genauer Darstellung des Sachverhalts sofort zu melden. Auch solche Fälle müssen gemeldet werden, wo Tabakarbeiter, durch lange Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit müde gemacht, sich schon in irgendeiner Form mit einem niedrigeren als den tariflichen Lohn einverstanden erklärt haben sollten. Im übrigen sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die tariflich festgelegten und allgemein verbindlich erklärten Löhne unabdingbar sind und durch keinerlei Betriebsvereinbarung abgebaut werden können. Abmachungen, die den tariflichen Bestimmungen widersprechen, haben keine rechtliche Geltung.

Wie uns berichtet wird, hat die in der vorigen Nummer dieser Zeitung an den Pranger gestellte Firma Wilhelm Osterwald, Zigarrenfabriken mit dem Sitz in Enger, die Reduzierung der Tariflöhne um 10 Prozent wieder rückgängig gemacht.

Es gibt aber nicht nur Zigarrenfabrikanten, sondern auch Zigarettenfabrikanten, die, wie Henry Ford sagt, die Unfähigkeit der Geschäftsführung durch Lohndruck auf die Arbeiter abzuwälzen versuchen. Wir denken dabei an die Firma **M a s s a r y** in Berlin. Diese hat, weil die Akkordpackerinnen sich einen Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten, die gesamte Belegschaft ausgesperrt. Die mit 14tägiger Kündigungsfrist beschäftigten Maschinensführer sind ebenfalls gekündigt worden. Insgesamt werden von dieser Bewegung mehr als 300 Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband im Jahre 1925

Bevor wir zu den wichtigsten Positionen der in der vorigen Nummer dieser Zeitung veröffentlichten Abrechnung des Verbandes für das Jahr 1925 Stellung nehmen, wollen wir zunächst über den Mitgliederbestand am Schlusse des verflorenen Jahres berichten. Am Ende des Jahres 1925 gehörten dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband 58 258 Mitglieder an und zwar 13 946 männliche und 44 312 weibliche. Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilten sich diese Mitglieder folgendermaßen:

| | männlich | weiblich | zusammen |
|--------------------------|----------|----------|----------|
| 25 § Beitrag | 765 | 9957 | 10722 |
| Beitragsklasse 1 (40 §) | 4109 | 22013 | 26122 |
| Beitragsklasse 2 (55 §) | 4657 | 8512 | 13169 |
| Beitragsklasse 3 (75 §) | 2783 | 3795 | 6578 |
| Beitragsklasse 4 (100 §) | 1632 | 35 | 1667 |
| Insgesamt | 13946 | 44312 | 58258 |

Ueber die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Zweige der Tabakindustrie unterrichtet folgende Zusammenstellung:

| | männlich | weiblich | zusammen |
|-----------------------------|----------|----------|----------|
| Zigarrenindustrie | 10872 | 27746 | 38618 |
| Zigarettenindustrie | 1313 | 13897 | 15210 |
| Rauch- u. Schnupftabak-Ind. | 742 | 1110 | 1852 |
| Rautabakindustrie | 958 | 1385 | 2343 |
| Vergärungsbetriebe | 52 | 173 | 225 |
| Andere Berufe | 9 | 1 | 10 |
| Zusammen | 13946 | 44312 | 58258 |

Bei einem Vergleich mit der Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1924 zeigt sich, daß unser Verband im verflorenen Jahre 8454 Mitglieder verloren hat. Das ist ein Rückgang, der mit den Auswirkungen des Tabaksteuergesetzes und der allgemeinen Wirtschaftskrise allein nicht erklärt werden kann; es müssen Mängel in der Organisation vorhanden sein, auf deren Ergründung und Beseitigung im Laufe dieses Jahres hingearbeitet werden muß. Der Mitgliederrückgang wird noch auffälliger, wenn man berücksichtigt, daß im verflorenen Jahre, wie jeder aus der Verbandsabrechnung leicht feststellen kann, 22 664 Neuaufnahmen zu verzeichnen gewesen sind. Allgemein genommen hat es also an der nötigen Agitation nicht gefehlt, obgleich auch da an manchen Stellen manches besser sein könnte. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um die neu aufgenommenen Mitglieder mehr als bisher an die Organisation zu fesseln. Dabei muß beachtet werden, daß der Mitgliederrückgang sich auf alle Zweige der Tabakindustrie erstreckt. Eine Ausnahme bilden nur die Rautabakarbeiter, denen es trotz der Ungunst der Verhältnisse möglich gewesen ist, ihren Mitgliederbestand zu erhöhen. Wir brauchen wohl nicht besonders zu beweisen, wie notwendig gerade für die Zukunft eine starke gewerkschaftliche Organisation sein wird, denn, das

kann ohne Schwarzmalerei gesagt werden, die schlimmste Zeit für die Tabakarbeiter und ihren Verband wird noch kommen.

Günstiger als die Mitgliederbewegung haben sich im Jahre 1925 die Kassenverhältnisse gestaltet. Das Vermögen des Verbandes konnte im verflossenen Jahre um rund 300 000 M erhöht werden. Dieses Ergebnis könnte zu einer gewissen Befriedigung Veranlassung geben. Vergessen darf aber nicht werden, daß die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Verbandsfinanzen vorläufig als beendet betrachtet werden muß; denn soviel läßt sich schon jetzt übersehen, daß das erste Quartal des neuen Jahres eher mit einem Defizit, als mit einem, wenn auch geringen, Ueberschuß abschließen wird. Die Ursachen dieser wenig wünschenswerten Entwicklung der Kassenverhältnisse sind nicht schwer zu ergründen. Erst jetzt wirkt sich die im vorigen Jahre wieder eingeführte Erwerbslosenunterstützung infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie für den Verband finanziell voll aus. Hinzu kommt, daß die völlig arbeitslosen Mitglieder nach dem Statut vom Beitrag befreit sind. Unter diesen Umständen hat jedes Mitglied die Verpflichtung, der Entwicklung der Kassenverhältnisse die größte Beachtung zu schenken und für eine Stärkung der Finanzen des Verbandes Sorge zu tragen.

Die Haupteinnahmen des Verbandes fließen aus den Mitgliederbeiträgen. Soll eine Stärkung der Verbandskasse erfolgen, so kann das nur durch eine Steigerung der Einnahmen aus den Beiträgen geschehen; denn nennenswerte Abstriche dürften sich auf der Ausgaben Seite ohne Schädigung der Interessen der Tabakarbeiter und ihres Verbandes kaum möglich machen lassen. Nun denkt selbstverständlich im Augenblick kein Mensch daran, eine Erhöhung der Beiträge zu beantragen oder durchzuführen. Aber auch ohne Beitragserhöhung läßt sich eine Stärkung der Verbandskasse erzielen, wenn alle Mitglieder bestrebt sind, regelmäßig den nach ihrem Verdienst in Betracht kommenden Beitrag zu zahlen. Eine genauere Betrachtung der Beitragsleistung führt zu dem Ergebnis, daß auf diesem Gebiete manches im argen liegt. Aus der Zusammenstellung über die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Beitragsklassen ergibt sich, daß am Schlusse des Jahres 1925 noch 18,74 Prozent aller Mitglieder einen Wochenbeitrag von 25 S zahlten oder gezahlt hätten, wenn Arbeit für sie vorhanden gewesen wäre. 44,51 Prozent aller Mitglieder waren in der ersten Beitragsklasse zu 40 S, 22,60 Prozent in der zweiten Beitragsklasse zu 55 S, 11,29 Prozent in der dritten Beitragsklasse zu 75 S und nur 2,86 Prozent in der vierten Beitragsklasse zu 100 S. Auch unter Berücksichtigung der allgemeinen schlechten Verdienstmöglichkeiten in der Tabakindustrie und unter Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wagen wir die Behauptung, daß die Beitragsleistung, sowohl in Höhe und Menge eine bessere hätte sein können, wenn alle Mitglieder immer den Beitrag gezahlt hätten, zu dessen Zahlung sie nach dem Statut verpflichtet gewesen wären. Bei einer Umrechnung ergibt sich nämlich, daß unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre 1925, die 62 927 betrug, auf jedes Mitglied nur 35,02 Beiträge kamen. Nicht günstiger ist das Bild von der durchschnittlichen Höhe des tatsächlich gezahlten Wochenbeitrages: er betrug 42,88 S. Alle sich ihrer Verantwortung bewußten Mitglieder werden mit uns der Meinung sein, daß die sich so ergebende Beitragsleistung eine durchaus ungerügende ist und dringend der Verbesserung bedarf.

Damit wollen wir unsere allgemeinen Betrachtungen abschließen mit dem Wunsche, daß sich alle Mitglieder eingehend mit der Abrechnung und der Mitgliederbewegung des Verbandes im Jahre 1925 beschäftigen. An den Mitgliedern liegt es, die anscheinend so toten Zahlen, in denen sich in Wirklichkeit die ganze Organisation mit ihren Leistungen und Schwächen widerspiegelt, lebendig zu gestalten und daraus die praktischen Rügenwendungen für sich und den Verband zu ziehen.

Tabakgewerbliches

Veröffentlichung des neuen Artikels III

Im Reichsgesetzblatt Teil 1 Nr. 14 ist auf Seite 151 das Gesetz zur Abänderung des Artikels III des Tabaksteuergesetzes veröffentlicht worden. Da der Text dieses Gesetzes im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 8 und 9 zum Abdruck gebracht worden ist, können wir auf eine nochmalige Wiedergabe verzichten. Empfehlen möchten wir nur, alle die Behörden auf die oben bezeichnete Nummer des Reichsgesetzblattes hinzuweisen, die angeben, von der Gesetzesänderung nichts zu wissen. Im übrigen müssen jetzt, soweit das noch nicht geschehen ist, alle die Anträge auf Sonderunterstützung neu gestellt werden, die unter Berufung auf die alten Bestimmungen abgelehnt wurden, nach den neuen Bestimmungen aber bewilligt werden müssen.

Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung

Für Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, deren Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit eine Folge des Tabaksteuergesetzes ist, kommt nach den Beschlüssen des Reichstages vom 18. Februar dieses Jahres eine Prüfung der Bedürftigkeit beinahe nicht mehr in Betracht. Es ist demnach nicht mehr zulässig, daß die Behörden Unterstützungsanträge ablehnen oder Unterstützungsbeiträge kürzen, weil Familienmitglieder noch eine Verdienstmöglichkeit haben oder ein kleines Haus bzw. Grundbesitz vorhanden ist oder noch irgendein Rentenanspruch besteht. In allen diesen und ähnlichen Fällen muß die abgelehnte oder zu wenig gezahlte Unterstützung vom 15. Januar an nachgezahlt werden. Wir heben das besonders hervor, weil das Kreiswohlfahrtsamt Gelnhausen noch unterm 24. Februar einen Bescheid erteilt hat, der folgenden Wortlaut hat:

Ihrem Antrag auf Gewährung der Sonderunterstützung für Tabak-Kurzarbeiter kann nicht entsprochen werden, da sie noch außer einem Wochenverdienst von zirka 4 M die Hinterbliebenen- und Zusatzrente beziehen und deshalb als bedürftig im Sinne des Gesetzes nicht anzusehen sind.

Kommentar überflüssig.

In einer Anordnung des Ministers für Arbeit und Wirtschaft in Hessen wird darauf hingewiesen, daß eine Kürzung des Rechtes der den Tabakarbeitern bewilligten Sonderunterstützung nicht stattfinden darf. Demzufolge hat die Bezirksfürsorgestelle Sießen den Bürgermeistereien des Landkreises Sießen die in Einzelfällen vorgenommenen Kürzungen der genannten Unterstützung, sei es auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse oder auf Grund eines Rentenbezuges, nachträglich durch den Gemeinderichter auszahlen zu lassen.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß Tabakarbeiterinnen auch dann Anspruch auf selbständige Erwerbslosenunterstützung haben, wenn ihre Männer, Väter oder Brüder Erwerbslosenunterstützung beziehen. Sie haben während ihrer Beschäftigung eine selbständige Tätigkeit ausgeübt, sind zur Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet gewesen, haben zur Erwerbslosenfürsorge Beiträge zahlen müssen und zählen deshalb nicht mit zu den Angehörigen eines unterstützten Erwerbslosen, die von ihm ganz oder in der Hauptsache unterhalten worden sind. Die Familienzuschläge kommen in solchen Fällen allerdings nur einem Erwerbslosen zugute.

Ein schlechtes Gedächtnis

Vor uns liegt der amtliche Bericht über die 23. Sitzung des Badischen Landtags, die am 19. Februar stattfand und in der die Denkschrift über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden behandelt wurde. Nach diesem amtlichen Bericht hat der Zentrumsabgeordnete Hartmann (Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands) auf einen Zuruf von links: „Wer hat denn seinerzeit für die gleichmäßige Besteuerung gestimmt?“ wörtlich folgendes erwidert:

Herr Kollege Rüdert (Rüdert ist Sozialdemokrat. N. d. „L.-M.“), auch Ihre Partei hat im Jahre 1919 im Reichstag den Tabakzoll auf 130 M miterhöhen und 20 Prozent Bänderolsteuer schaffen lassen, als sie mit in der Reichsregierung waren... Denn die 130 M Zoll auf Auslandsstabak und 20 Prozent Bänderolsteuer wurden sogar von einem Mitgliede Ihrer Partei als Berichterstatter und wurden von Ihren Kollegen unter den Gewerkschaftssekretären im Reichstag mitvertreten (Zurufe aus der Mitte: Auch die Bänderolsteuer!). Gewiß, auch die Bänderolsteuer, die gleichmäßige Belastung mit 20 Prozent!

Da Hartmann uns als ein anständiger und ehrlicher Gegner bekannt ist, möchten wir nicht glauben, er hätte mit den eben wiedergegebenen Ausführungen die Mitglieder des Badischen Landtags absichtlich angegeschwindelt; vielmehr wollen wir zu seinen Gunsten annehmen, daß sein Gedächtnis ihn im Stich gelassen hat. In Wirklichkeit liegen die Dinge nämlich wesentlich anders, als Hartmann sie darzustellen beliebt. Die Erhöhung des Tabakzolles auf 130 M für den Doppelzentner ist vom Reichstag nicht im Jahre 1919, sondern schon im Jahre 1916 beschlossen worden, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Folglich kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1919 den Tabakzoll mit auf 130 M erhöht hätten, denn dieser Satz bestand damals schon. Daneben bestand noch ein Zollzuschlag für Tabakblätter in Höhe von 40 bzw. 65 v. H. des Wertes, der im Jahre 1919 mit Hilfe der Sozialdemokraten beseitigt wurde. An die Stelle des Wertzollzuschlags trat dann die Bänderolsteuer. Wenn Hartmann jedoch behauptet, die gleichmäßige Belastung der Zigarre mit 20 Prozent sei von einem Mitgliede der Sozialdemokratischen Partei als Berichterstatter und dem Kollegen Rüdert unter den Gewerkschaftssekretären im Reichstag mitvertreten

worden, so stimmt auch das nicht. Richtig ist vielmehr das Gegenteil. Der Berichterstatter und die Gewerkschaftssekretäre der Sozialdemokratischen Partei haben — woran sich eigentlich auch ein Landtagsabgeordneter, der von einer Tabakarbeiterorganisation angestellt ist, erinnern müßte, — eine Staffelung der Bänderollensteuer nach sozialen Gesichtspunkten vertreten, die dann auch beschlossen worden ist. So betrug die Bänderollensteuer für eine 8- $\frac{3}{4}$ -Zigarre 10 Prozent, für eine 10- $\frac{3}{4}$ -Zigarre 12 Prozent, für eine 15- $\frac{3}{4}$ -Zigarre 16 $\frac{1}{2}$ Prozent des Kleinverkaufspreises, stieg bei einer 20- $\frac{3}{4}$ -Zigarre auf 20 Prozent des Kleinverkaufspreises und ging dann bei den teureren Sorten noch über diesen Prozentsatz hinaus. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der § 86 des Tabaksteuergesetzes für die Dauer der Geltung des Gesetzes über Zahlung der Zölle in Gold eine Ermäßigung dieser Steuersätze vorsah, die dann auch bis zur Höhe von 50 Proz. durchgeführt worden ist. Beseitigt wurde die soziale Staffelung der Bänderollensteuer durch eine Verordnung, die am 30. Oktober 1923 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde und die die Unterschriften des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann und des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Luther trägt.

Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit hielten wir uns für verpflichtet, diese kleine Richtigstellung der Hartmannschen Ausführungen zu geben. Wir zweifeln nicht daran, daß Hartmann, nachdem sein Gedächtnis so etwas aufgefrischt worden ist, die erste beste Gelegenheit benützen wird, um vor den Mitgliedern des Badischen Landtags seine verkehrte Darstellung zu berichtigen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der statistischen Erhebung unseres Verbandes über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie hat die Arbeitslosigkeit im Monat Februar eine weitere Zunahme erfahren, während die Kurzarbeit ein wenig zurückgegangen ist. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist durch weitere Entlassungen in der Zigarren- und Rautabakindustrie verursacht.

Erfast wurden von der Erhebung unseres Verbandes Ende Februar insgesamt 54 109 (13 060 männliche und 41 049 weibliche) Mitglieder. Von diesen waren 16 642 (4544 männliche und 12 098 weibliche) völlig arbeitslos, 23 183 (4444 männliche und 18 739 weibliche) mußten verkürzt arbeiten und 14 284 (4072 männliche und 10 212 weibliche) konnten ihre Arbeitszeit voll ausnutzen. In Prozenten ergibt das 30,76 Arbeitslose (im Januar 27,75), Kurzarbeiter 42,84 (im Januar 43,48) und Vollarbeiter 26,40 (im Januar 28,77). Ueber die Kurzarbeit im einzelnen unterrichtet folgende Zusammenstellung. Verkürzt arbeiteten um

| | männl. | weibl. | zusammen |
|---------------------------|--------|--------|----------|
| 1 bis 8 Stunden . . . | 714 | 1319 | 2033 |
| 9 bis 16 Stunden . . . | 786 | 4725 | 5511 |
| 17 bis 24 Stunden . . . | 2449 | 9658 | 12107 |
| 25 und mehr Stunden . . . | 495 | 3037 | 3532 |

Insgesamt . . . 4444 18739 23183

Dieser allgemeinen Uebersicht wollen wir eine Darstellung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie folgen lassen. In den rund 70 typischen Zahlstellen waren

| | Mitglieder | | |
|------------------------------|------------|--------|----------|
| | männl. | weibl. | zusammen |
| Zigarrenindustrie . . . | 4612 | 15145 | 19757 |
| Zigarettenindustrie . . . | 1305 | 13374 | 14679 |
| Rauch- u. Schnupstab.-Z. . . | 538 | 911 | 1449 |
| Rautabakindustrie . . . | 814 | 1187 | 2001 |
| Insgesamt . . . | 7269 | 30617 | 37886 |

| | Arbeitslose | | | Kurzarbeiter | | |
|---|-------------|--------|-------|--------------|--------|-------|
| | männl. | weibl. | zuf. | männl. | weibl. | zuf. |
| Zigarrenindustrie | 1722 | 4948 | 6670 | 1762 | 8438 | 10200 |
| Zigarettenindustrie | 267 | 3221 | 3488 | 408 | 4967 | 5375 |
| Rauch- u. Schnupstabakindustrie | 30 | 107 | 137 | 89 | 126 | 215 |
| Rautabakindustrie | 107 | 128 | 235 | 483 | 569 | 1052 |
| Insgesamt | 2126 | 8404 | 10530 | 2742 | 14100 | 16842 |

Im Verhältnis ergibt das auf je 100 Mitglieder in der

| | Arbeitslose | Kurzarbeiter | Vollarbeiter |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Zigarrenindustrie | 33,76 (27,43) | 51,63 (51,78) | 14,61 (20,79) |
| Zigarettenindustrie | 23,76 (25,31) | 36,62 (42,89) | 39,62 (31,80) |
| Rauch- u. Schnupstabak.-Z. | 9,45 (9,94) | 14,84 (17,65) | 75,71 (72,41) |
| Rautabakindustrie | 11,75 (0,64) | 52,57 (56,25) | 35,68 (43,11) |

eingeklammert sind die Verhältniszahlen vom Monat Januar 1926.

Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt in seinem Monatsbericht vom 6. März 1926, daß einer Verschlechterung der Lage in der gesamten Zigarrenindustrie eine teilweise Besserung des Beschäftigungsgrades in der Zigarettenindustrie gegenüberstehe. Die Rauchtabakindustrie leide unter der Veränderung der Geschmacksrichtung, die vom Pfeifentabak zum Zigarren- und Zigarettenkonsum übergegangen sei.

Bei den Arbeitsnachweisen kamen im Januar auf je 100 offene Stellen für Tabak- und Zigarrenarbeiter 3067 Arbeitssuchende, das ist eine Andrangsziffer, die von der Arbeiterschaft keiner anderen Industrie übertroffen wird. Auf je 100 offene Stellen für Tabakarbeiterinnen kamen 1428 Arbeitssuchende.

Arbeiterbewegung

Große Frauenkonferenz in England

Im Zusammenhang mit dem diesjährigen ordentlichen Gewerkschaftskongress wird in England eine große Konferenz gewerkschaftlicher Frauen stattfinden, zu der außer der Frauengruppe des Generalrats und der angeschlossenen Organisationen u. a. auch die Frauen aller Kongressdelegierten eingeladen werden. Außerdem werden die Gewerkschaftskartelle aufgefordert, eine Liste aller Organisationen einzusenden, die sich für den Kongress interessieren und eingeladen werden könnten. Die Vertreterzahl wird nicht beschränkt, so daß jeder Verband Gelegenheit hat, sich nach Wunsch vertreten zu lassen. Der Gewerkschafterin, die der Bewegung im Berichtsjahre die größten Dienste geleistet hat, wird eine goldene Medaille mit Inschrift überreicht werden.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Osterode (Harz). Hier fand zu Ehren der Verbandsjubilare eine Mitgliederzusammenkunft, die von den noch vorhandenen Mitgliedern und auch von den Tabakarbeitern, die durch die schlechten Verhältnisse schon seit Jahren keine Beschäftigung in unserer Industrie mehr finden konnten, gut besucht war. Der Kollege Fritz Wedekind eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Tabakarbeiter in Osterode früher verhältnismäßig stark vertreten waren. Die Arbeitsgelegenheit sei mit den Jahren aber immer geringer geworden, so daß heute dort nur noch wenige ihrem Berufe nachgehen können. Die Tabakarbeiter sind in Osterode auch die ersten gewesen, die sich gewerkschaftlich zusammengeschlossen haben und können sich mit einem gewissen Stolz als Pioniere der Arbeiterbewegung bezeichnen. Der Kollege Gauleiter Gottl. Osterreich überreichte dann im Auftrage des Vorstandes den fünf männlichen und drei weiblichen Verbandsjubilaren die Ehrendiplome und sprach ihnen in einer längeren Rede den Dank des Gesamtverbandes für ihre treue Pflichterfüllung aus. In gemütlicher Stimmung blieben die Tabakarbeiter noch einige Stunden beisammen.

Berden. Zu Ehren unserer Mitglieder, die dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband 25 Jahre und länger angehören, fand am 6. März eine Mitgliederzusammenkunft statt, die überaus zahlreich besucht war. Die Feier, die auf alle Beteiligten einen erhebenden Eindruck machte, wurde eingeleitet durch einige Lieder, die der Gesangverein „Konkordia“ und der Frauenchor „Eintracht“ stimmungsvoll zu Gehör brachten. Dann hielt der Gauleiter, Kollege Osterreich, an die Jubilare eine tief empfundene, zu Herzen gehende Ansprache. Nachdem er ihnen im Namen des Vorstandes den Dank des Gesamtverbandes für ihre langjährige treue Pflichterfüllung ausgesprochen und die jüngeren Kollegen und Kolleginnen aufgefordert hatte, ihnen in dieser Treue nachzueifern, wurden an 51 männliche und 31 weibliche Mitglieder Ehrendiplome verteilt. Von diesen 82 Jubilaren gehören dem Verbandsan: 21 männliche und 21 weibliche 25 bis 30 Jahre, 9 männliche und 3 weibliche 30 bis 35 Jahre und 21 männliche und 7 weibliche 35 bis 38 Jahre. Von den Mitgliedern, die seit Neugründung der Zahlstelle, die im Jahre 1887 erfolgte, dem Verbands angehören, sind noch 16 männliche und 3 weibliche vorhanden. Nach der Verteilung der Diplome sangen der Gesangverein „Konkordia“ und der Frauenchor „Eintracht“ noch einige, dem Tage entsprechende Lieder, worauf die Festteilnehmer noch viele Stunden fröhlich beisammen blieben.

Literarisches

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M., Organisationspreis 75 J.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das als Denkschrift seitens der Spitzenverbände gegen die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von sich reden machte, ist nunmehr auch durch diese Broschüre der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Denkschrift verfolgt den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann. Sie verdient deshalb auch das Interesse der breitesten Öffentlichkeit.

Rundschau

Ist Streifunterstützung einkommensteuerpflichtig?

Verschiedentlich haben Finanzämter bei Anträgen auf Rück-
erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer für das Jahr 1925 auch
von Gewerkschaften gezahlte Streifunterstützung als Einkommens-
teil in Anrechnung gebracht und infolgedessen die zurückerstatteten
Beträge entsprechend gekürzt, oder falls einschließlich der Streif-
unterstützung der steuerfreie Lohnbetrag erreicht war, den Antrag
abgelehnt. Auf eine Beschwerde des Vorstandes des ADGB. an
das Reichsfinanzministerium ist unterm 5. März folgender Be-
scheid erteilt worden:

Nach den von mir angeforderten Ermittlungen hat sich kein An-
haltspunkt dafür ergeben, daß das Finanzamt bei Errechnung des
zu erstattenden Lohnsteuerbetrages nach dem bisherigen § 9 Abs 3
des Einkommensteuergesetzes die von den Antragstellern während der
Dauer des Streiks oder der Erwerbslosigkeit außerhalb ihres festen
Arbeitsverhältnisses möglicherweise durch Gelegenheitsarbeit oder in
anderer Weise verdienten, aber nicht erwiesenen Beträge berücksichtigt
hat. Dagegen hat das Finanzamt irrtümlich die Streifunterstützungen
mit in Anschlag gebracht, obwohl sie nicht als Arbeitslohn anzusehen
sind. Ich habe das Finanzamt entsprechend angewiesen.

Für die Zukunft regeln sich die Erstattungen für 1925 nach dem
Runderlaß vom 26. Februar 1926 — III o 1050 —.

Streifunterstützung darf also nicht als Einkommen veran-
lagt werden.

In Nummer 11 der „Gewerkschaftszeitung“ ist alles Wesent-
liche aus diesem erwähnten Runderlaß veröffentlicht.

Gestorben sind:

Am (7) die Paderin Maria Wießner, 23 Jahre alt
(Zahlstelle Dresden).

Am 1. Februar der Kollege Ferdinand Suhr, 46
Jahre alt (Zahlstelle Brotterode).

Am 13. Februar der Zigarrenarbeiter Emil Kulis, 61
Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Am 13. Februar die Kollegin Anna Weichert, 46 Jahre
alt (Zahlstelle Döbeln).

Am 14. Februar die Widelmacherin Pauline Walpert,
63 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).

Am 16. Februar die Kollegin Elisabeth Gerhardt,
19 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 18. Februar die Kollegin Minna Rohmann,
58 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 18. Februar die Widelmacherin Auguste Dorn-
busch, 53 Jahre alt (Zahlstelle Leipzig).

Am 19. Februar die Zigarrenarbeiterin Luise Kuhlend,
24 Jahre alt (Zahlstelle Magdeburg).

Am 20. Februar der Zigarrenarbeiter Wilhelm Wese-
fels, 81 Jahre alt (Zahlstelle Eurgsteinfurt).

Am 23. Februar der Zigarrenarbeiter Karl Müller,
42 Jahre alt (Zahlstelle Hohenheim).

Am 24. Februar der Zigarrenarbeiter Heinrich Nie-
fiel, 49 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 25. Februar die Tabaksortiererinnen Liesbeth Gaus-
ange, 50 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).

Am 27. Februar die Zigarrenarbeiterin Martha Güt-
ter, 45 Jahre alt (Zahlstelle Schönewald).

Am 3. März die Zigarrenarbeiterin Selma Kunz-
mann, 60 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 4. März die Zigarrenarbeiterin Luise Unter,
48 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 4. März der Zigarrenarbeiter Adam Heldmann,
52 Jahre alt (Zahlstelle Frankisch-Grumbach).

Am 6. März der Zigarrenarbeiter Erich Töpfer,
20 Jahre alt (Zahlstelle Großenhain).

Am 6. März die Zigarrenarbeiterin Anna Lange-
meyer, 53 Jahre alt (Zahlstelle Spenge).

Am 7. März die Kollegin Anna Gebhardt, 66 Jahre
alt (Zahlstelle Hettl.-Lichtenau).

Am 9. März die Widelmacherin Emma Gärtner,
68 Jahre alt (Zahlstelle Sprottau).

Ehre ihrem Andenken!

Qualitäts-Tabake

Leitet bestenweise und in kleinen
Mengen zu billigen Preisen

Julius Prüser

BREMEN, Philosophenweg 5

Wohin Sie sofort Preisliste

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an

unorganisierte Kollegen und

Kolleginnen weiter!

Verbandsteil

Am 20. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig

Fehlende Statistikarten

Nachstehende Zahlstellen haben ihre Statistikarte für Februar
1926 entweder gar nicht oder zu spät eingeleitet:

Gau Hamburg: Parchim, Bismarck, Celle, Clausthal, Sandersheim,
Münchhof, Osterode, Seesen, Stadtsoldendorf.

Gau Nordhausen: Eisleben, Erfurt, Ermschwerdt, Hettstedt, Hayn-
rode, Winkingerode, Langensalza, Oberode, Uslar, Köhbach, Kotten-
burg, Unterrieden, Waldappel, Wansfried, Großbreitenbach, Sehesten,
Rudolfsdorf.

Gau Herzog: Neuenkirchen, Minteln, Ntze, Babbenhausen, Besen-
kamp, Deimold, Ennigsdorf, Froheim, Hiddenshausen, Hlke, Lemgo,
Obermehnen, Oberstedt, Dettinghausen, Stift Quernheim, Salzuflen,
Sonneborn, Wallenbrück, Löwenstein, Pyrmont.

Gau Rhen: Crefeld, Düsseldorf, Kaseltröhen.

Gau Sieben: Biebrich, Darmstadt, Dietesheim, Dillenburg, Hanau,
König L. D., Seligenstadt.

Gau Selbberg: Heppenheim, Lampertheim, Lorsch, Augsburg,
Bamberg, Bruchsal, Clebronn, Chingen, Forst i. Baden, Grünwetters-
bach, Gundelsheim, Hambrücken, Künzelsau, Rosbach, Neulupheim,
Obenheim, Reilingen, Rot, Ruppur, Schönau, Tiefenbach, Unter-
grombach, Untergruppenbach, Walldorf b. Heidelberg.

Gau Offenbach: Diersburg, Dinglingen, Eigersweier, Ettenheim,
Kenzingen, Ottenheim, Reichenbach, Ringheim, Schmiedheim.

Gau Dresden: Feil, Mittweida, Pegau, Pirna, Köhlich, Meusel-
witz, Raschhausen, Ranneburg.

Gau Breslau: Karzich, Oppeln, Rattbor, Steindorf, Züllichau.

Gau Berlin: Basewal, Stettin, Ortesen, Rauen, Neuruppin,
Potsdam, Sorau.

Folgende Gelder sind eingegangen:

4. Februar. Wansen 90,—, Bruchsal 40,—.
5. Freiberg 300,—, Oberweier 30,—.
6. Magdeburg 500,—, Juchenheim 100,—, Briesg 300,—.
8. Bamberg 49,—, Regensburg 400,—, Bruchsal 35,—.
9. Goch 55,—, Berlin 1000,—, Bischofswerda 125,—, Rastatt 50,—.
10. Oldenburg 60,—, Cottbus 45,—, Brotterode 800,—.
11. Breslau 300,—, Ebstorf 40,—, Kahden 70,—, Hohenheim 100,—,
Grünwettersbach 20,—, Ruppur 85,—, Neumarkt 50,—.
12. Burgsteinfurt 150,—, Frankenberg 500,—, München 500,—,
Nordhausen 1000,—, Langensalza 20,—.
15. München 500,—.

Bremen, den 16. 3. 26.

J. Krohn.

Als verloren gemeldet:

Das Mitgliedsbuch S IV 19 422, Emil Schönemann, geb. 4. 2. 91 (?),
eingetreten am 15. 12. 1922 (72/17. 26.)

Rohtabake

für die Zigarren- und Rauchtobak-
fabrikation liefern wir in bekaunter
Güte und Preiswürdigkeit

Konkurrenzlos billig!

Preisliste steht zu Diensten

Bezugsbedingungen: Bei Vorauszahlung des Be-
trages 3 Prozent Diskont, bei Versand unter
Nachnahme 2 Prozent Diskont. Ziel nach
Vereinbarung.

BRANDT & SOHN

BREMEN

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kno graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbwolle G.-M. 4.—,
weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, Saunenwelle
G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße un-
geschlossene Ruffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M.
10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster
frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobs 245 b. Pilsen Böhmen.

Panuropa, Genf und die Gewerkschaften

Panuropa (Alleuropa) ist das Zauberwort, das viele Menschen unseres kleinen Erdteils zurzeit begeistert. Doch nicht als leere Phrase, denn Teile des großen Ziels der „Vereinigten Staaten von Europa“ sind schon heute als verwirklichungsfähig in den Vordergrund gerückt, wobei wir an die internationale Wirtschaftskonferenz erinnern wollen, deren Vorbereitungen eifrig getroffen werden. In dem vorbereitenden Komitee zu dieser Konferenz sitzt bekanntlich auch ein deutscher Gewerkschaftsvertreter, der Kollege Wilhelm Eggert, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grund genug, daß die Arbeiterschaft sich mit diesem so hochaktuellen Problem beschäftigt. Und es liegt nichts näher, dies in dem Augenblick zu tun, wo die Staatsmänner vieler Länder in Genf zusammenstehen, um den Völkerbund durch den Eintritt Deutschlands lebens- und aktionsfähig zu machen. Ein weiterer Abschnitt in der Geschichte der internationalen Organisation der Menschheit scheint seinen Anfang zu nehmen. Und hier als halbinteressierte Zuschauer zu gelten, darf nicht Aufgabe der modernen organisierten Arbeiterklasse sein.

In vielem ähnelt die gegenwärtige Situation der europäischen Zustände derjenigen unmittelbar vor dem Kriege. Die hochentwickeltesten Staaten befanden sich seinerzeit in einer dauernden Ueberproduktion. Die technischen Errungenschaften hatten die Produktionsfähigkeiten weit über das Maß der aufnahmefähigen Märkte hinaus gesteigert. Es rückte der Zeitpunkt nahe, wo die erzeugten Waren nicht untergebracht werden konnten. Im Mantel des Imperialismus gekleidet, suchten die Industriestaaten nach Absatzgebieten, die man eventuell mit Gewalt zu erobern suchte. So wuchs der Krieg aus dieser Tatsache wie eine gewaltsame Lösung heraus. Ist es heute nicht ähnlich so? Besteht heute nicht noch eine größere Ueberproduktion, gewachsen auf dem Boden einer künstlich gesteigerten Produktionsbasis und ob der gesunkenen Kaufkraft stärker ins Gewicht fallend als vor dem Kriege? Uns scheint, daß die Lage der internationalen Wirtschaft nicht wesentlich anders liegt als vor zwölf Jahren. Nur hat man doch andere Mittel ins Auge gefaßt, als die Entscheidung in diesem unentrinnbaren Dilemma den Waffen zu überlassen. Ein Mittel, jenes Mißverhältnis von Kaufkraft und Produktionsfähigkeit auszugleichen, können und sollen die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden.

Wenn je das Wort von Karl Marx, daß Kriege Lokomotiven der Weltgeschichte sind, im vollsten Sinne zutrifft, dann auf den Weltkrieg bezüglich seiner Wirkung auf die internationale Organisation der Völker. Europa verlor durch ihn seine herrschende Stellung als Weltzentrum, und niemals wird diese Stellung zurückzuerobert sein. Die Weltwirtschaft beginnt sich, durch den Krieg beschleunigt, zu dezentralisieren. Es bilden sich Wirtschaftsbereiche heraus, die sich nach einheitlichen Gesichtspunkten gruppieren. In großen Umrissen wären folgende zu nennen: Nord- und Mittelamerika um die Vereinigten Staaten, Ost- und Südastien mit Japan als Mittelpunkt, Großbritische Wirtschaftsunion und die Allrussische Wirtschaftsunion. Als letztes bliebe Zwischen- oder Resteuropa, dessen Zusammenschluß als dringende Notwendigkeit erscheint, angesichts der mächtigen Gruppen, die sich der Herrschaft Europas entwunden haben. Es mag in diesem Augenblick zweifelhaft sein, ob England den Plan, seine Dominanz durch Verträge, geschlossenes Zollsystem usw., näher an das Mutterland zu ketten, verwirklichen kann. Die Entscheidung in der Mosulfrage, die Verlängerung der Mandats Herrschaft über den Irak waren die letzten diplomatischen Erfolge, die England erringen konnte. Sie bilden zugleich den Schlüsselstein einer jahrhundertelangen systematischen Bemühung, den Landweg nach Indien mit dem Suezkanal als Schiffsfahrtsstraße unumkehrbar zu beherrschen. Als Anschlußobjekt an eine europäische Wirtschaftsunion kommt England nur bedingt in Frage, das muß bei der Betrachtung des Problems Panuropa im Auge behalten werden. Vielleicht bildet die Stabilisierung des Völkerbundes, wie sie zurzeit in Genf versucht wird, für England den Grund, sich von den europäischen Wirren zurückzuziehen, um sich desto stärker der Konsolidierung seiner Allbritischen Wirtschaftsunion zu widmen.

Ein noch nicht überschaubares Problem bildet die Allrussische Wirtschaftsunion. Die russische Politik der Jetztzeit dürfte sich wenig von der des Zarenismus in dem Bestreben unterscheiden, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet von der Ostsee bis zum Ochotskischen Meer, vom Nordpol bis zum Kaukasus und Zentralasien auf- und auszubauen. Der Schwerpunkt der

russischen Politik dürfte jedenfalls außerhalb Europas liegen. Das russische Wirtschaftsreich hat dem englischen das voraus, daß es zusammenhängt, obwohl es schwer sein dürfte, ein solches Riesengebilde, das Länderstrecken von ungeheurem Ausmaß umschließt, zusammenzufassen und wirtschaftlich als Einheit auszubauen. Auch Rußland kann, da es nur zu einem kleinen Teil in Europa gelegen ist, schwerlich als ein Bestandteil einer europäischen Wirtschaftseinheit in Betracht gezogen werden.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika bilden den sichtbarsten Beweis, wie grundlegend sich die Verhältnisse in der Welt geändert haben. Ehemals eine englische Kolonie, ist es jetzt das reichste Land der Erde. Vor dem Kriege an Europa verschuldet, hat Nordamerika gegenwärtig ein Guthaben von 61,1 Milliarden Goldmark, währenddessen das europäische Festland mit insgesamt 73,3 Milliarden verschuldet ist. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten des letzten Jahrzehnts ist ohne Beispiel. Ein sich selbst genügendes reiches Land, das alle Rohstoffe, mit Ausnahme vielleicht von Kautschuk und Rautschuk, zur Verfügung hat. Ein überschüssiger Kapitalstock von mehr als 15 Milliarden Dollar sucht dort nach Anlage, während Europa an großem Kapitalmangel leidet. Eine hochentwickelte Industrie vermag alle Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Das Nervenzentrum der Welt liegt heute nur noch zu einem Teil in Europa; in den Vereinigten Staaten dürfte sich der Schwerpunkt befinden. Dieser erdrückende Block von Macht und Reichtum hat der Idee der europäischen Wirtschaftseinheit neue Nahrung gegeben.

Im engen Rahmen eines Zeitungsartikels ist es nicht möglich, die anderen überseeischen Probleme auch nur zu streifen. In Ostasien erwuchs in Japan eine entschlossene Wirtschaftsmacht, durchaus in der Lage, einen Teil des asiatischen, indischen und australischen Marktes zu erobern. Gewaltige Gebiete wie China, die der Erschließung harren, stehen der japanischen Großmacht am ehesten offen. — Die Industrialisierung der Rohstoffländer außerhalb Europas tat ein übriges, um die Hegemonie unseres kleinen Erdteils zu erschüttern. Die Maschine, jenes gewaltige Mittel der technischen Revolution, hat als Exportartikel den Boden vorbereitet, der zur Vervollständigung der Staaten und Erdteile führte. Mittels der Maschine erschütterten sie die Herrschaft der ehemaligen Mutterländer. Hieraus ergibt sich nicht minder, daß die alte Welt in dem Maße, wie ihre außereuropäische Tätigkeit schwindet, sich in ihrem Innern zusammenschließen muß.

Nun zu Europa selbst. Als nordwestliche Spitze Asiens ein von Gebirgen zerrissenes und von zahlreichen Staaten zerklüftetes Stück Erde. Dieses wird für die sich rasch vermehrende Bevölkerung zu klein. Je mehr die Möglichkeit schwindet, den überschüssigen Teil der Bevölkerung an andere Länder abzugeben, je mehr muß Europa den Versuch machen, sich selbst als Einheit umzugestalten. Das Bestreben, die eigene Enge der einzelnen Staaten zu überwinden, führte, wie wir gesehen haben, zum Kriege, nicht mit Völkern anderer Erdteile, sondern mit europäischen Nachbarstaaten. Durch die innere Selbstzerfleischung wurde jener Prozeß der Loslösung aus der europäischen Interessensphäre gefördert.

Als selbstversorgendes Rohstoffgebiet verfügt Panuropa über genügend Kohle, Eisenerz und Kalk, chemische Produkte vermag es ebenfalls genügend hervorzubringen, um sich selbst zu versorgen. Fehlen tut Baumwolle, wenn es nicht gelingt, Nordafrika mit in das europäische Wirtschaftsgebiet einzubeziehen. Ferner ermangelt Wolle, Kupfer, Kautschuk, Öl und anderes. Die landwirtschaftliche Selbstversorgung könnte erreicht werden, wenn es gelänge, die Landwirtschaft zu intensivieren und alle Hilfsmittel der Technik heranzuziehen. Doch die fehlenden Produkte könnten leicht durch die Ausfuhr überschüssiger Produkte beschafft werden. Was Europa in reichlichem Maße besitzt, das sind Menschen. Die Einwohnerzahl Europas wird auf rund 450 Millionen geschätzt; ein ungeheures Reservoir arbeitsfähiger Menschenmassen. Die Arbeitskraft dieser Massen zu mobilisieren, bildet das schwierigste Problem. Sie stellt aber auch eine große Kraftquelle dar, wenn es gelingt, sie in einem einheitlich organisierten Produktionsprozeß wirksam werden zu lassen. Dazu bedarf es einer überstaatlichen Arbeitsteilung in größtem Maßstabe. Soll diese durchgeführt werden, dann muß der kolossalen Ueberzeugung der Produktionsstätten ein Ende gemacht werden. In den meisten Staaten müssen Fabrikgebäude der Verschrotung überliefert werden, weil es unmöglich ist, eine so große Anzahl unrentabler Betriebe durchzuschleppen. Selbstverständlich müssen die Grenzen für Waren und Menschen frei

geöffnet werden. Organisation, Arbeitsteilung und Rationalisierung sind die Zauberworte, die ein vereinigtes Europas in die Wirklichkeit umzusetzen hätte. Gewaltige Probleme gewiß, aber doch nicht unmöglich und nicht zu übergehen, wenn die Idee eines Paneuropas diskutiert wird.

Praktische Vorarbeit leistet die Großindustrie durch ihre internationale Kartellierung. Hier sind jetzt schon große Fortschritte zu verzeichnen. Wir erinnern an das internationale Glühlampensyndikat, an die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Kalkindustrie. Die Bildung von internationalen Kartellen in Röhren, Draht, Schienen usw. steht zur Verhandlung und ist teilweise der Verwirklichung nahe. Ein internationales Kohlenkartell wird lebhaft diskutiert. Die Verschmelzungsbestrebungen der Großeisenindustrie Mitteleuropas bilden schon seit langem Gegenstand ununterbrochener Verhandlungen. Nur in einem engen Zusammengehen der deutschen, französischen und belgisch-luxemburgischen Schwereisenindustrie wird jenes einheitliche Wirtschaftsgebilde hergestellt, das auf Kohle und Erz aus eigenen Gruben gestützt, das mächtigste der Welt werden kann. Das ist die praktische Vorarbeit zur Bildung eines wirtschaftlichen Europas, die in verhältnismäßig kurzer Zeit von der Industrie geleistet wurde.

Von diesem großen Rahmen aus gesehen, blicken wir nun nach Genf, wo die Staatsmänner versammelt sind, um einen politischen Bund der Völker zu schaffen. In der Tat bildet ein enger Zusammenschluß und eine innere Konsolidierung des Völkerbundes die Voraussetzung für alles das, was oben als möglich hingestellt wurde. Möge es gelingen, die kleinlichen Zänkereien um neue Ratsitze und anderes vor dem großen Ziel zurücktreten zu lassen. Die Völker Europas haben politische Ruhe nötig, die mit einer weitgehenden Verständigung auf allen Gebieten einhergehen muß. Wenn schon die Zollgrenzen fallen sollen, dann darf nicht kleinliche Rechthaberei die politische Vereinerung verhindern. Die Verhandlungen in Genf mögen ausgehen wie sie wollen, der Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Völker darf unter keinen Umständen darunter leiden.

Und hier kommen wir auf die Rolle, zu der die Gewerkschaften in den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen berufen sind. Es bedarf u. E. keiner Begründung, daß die Gewerkschaften aufrichtige Befürworter eines einigten Europas sind. Sie fördern alle Bestrebungen, die zu diesem Ziele führen. Die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf diesem Gebiet ist bekannt. Die deutschen Gewerkschaften unterstützen ebenfalls alles, was in diesem Rahmen liegt. Sie nehmen sogar aktiv daran teil, was in der bereits erwähnten Teilnahme des Kollegen Eggert an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz bewiesen wird. So groß die Ziele sind, so gewaltig sind die Aufgaben, die den Gewerkschaften zur Erledigung überlassen werden. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller europäischen Länder mit dem vielseitigen Problem eines vereinigten wirtschaftlichen Europas beschäftigen und ihren ganzen Idealismus für dieses Ziel einsetzen.

Die Internationale Arbeitsorganisation

Zur Konferenz der Arbeitsminister in London

IVB. Die Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Großbritanniens, Belgiens und Frankreichs im Jahre 1924 in Bern war aus derselben Ursache veranlaßt, wie die jetzt am 15. März stattfindende Zusammenkunft in London. Damals besagte eine Mitteilung, daß es

„aus kulturellen und sozialen Gründen von Wert sei, auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens international zu einer praktischen Durchführung des Achtstundentages zu kommen“. Daraus haben die Minister das Washingtoner Übereinkommen Artikel für Artikel durchberaten, um Schwierigkeiten in der Auslegung zu beseitigen, die sich ergeben könnten und um auf diese Weise für jede ihrer Regierungen die Ratifikation des Übereinkommens zu ermöglichen. Sie haben mit Befriedigung festgestellt, daß ihr Standpunkt in den meisten Punkten übereinstimmt oder daß die bestehenden Abweichungen nicht beträchtlich sind. Die Konferenz wurde daher mit der allgemeinen Auffassung, daß eine gemeinsame Ratifikation möglich sei, geschlossen.

Seit diesen Besprechungen in Bern können einige Fortschritte verzeichnet werden. Immerhin ist es nicht ganz unwichtig, zu wissen, daß diese Fortschritte nicht unmittelbar auf die Berner Zusammenkunft der Arbeitsminister zurückzuführen sind. Italien hat das Achtstundentagsübereinkommen bedingt ratifiziert, ohne daß sein Arbeitsminister sich dieserhalb mit seinen Kollegen der anderen Länder verständigt hätte. Auch Lettland, dessen Arbeitsminister nicht in Bern war, hat bedingt ratifiziert. Das französische Parlament hat ebenfalls der bedingten Ratifikation seine Zustimmung gegeben. Belgien hat sich für die bedingungslose Ratifizierung eingesetzt, ohne daß sich sein Arbeitsminister im Jahre 1924 in Bern dazu verpflichtet hatte, sondern weil die neue Regierung in ihrem Programm die bedingungslose Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens aufgenommen hat. Diese bedingten und bedingungslosen Ratifizierungen sind nicht die einzigen neuen Tatsachen, die sich zugunsten des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag seit 1924 ergeben haben. In seiner Regierungserklärung sagte Reichskanzler Dr. Luther:

Deutschland wird einem internationalen Abkommen über die Regelung der Arbeitszeit beitreten, wenn das Übereinkommen gleichzeitig von Großbritannien, Frankreich und Belgien ratifiziert wird.

Neben diesen amtlichen Erklärungen und Handlungen haben sich auch die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder nicht ohne Erfolg bemüht, die Aufmerksamkeit der Parlamente und der öffentlichen Meinung auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu richten. Sehr wichtig ist in dieser Beziehung die zwischen den Vertretern der englischen Eisenbahngewerkschaften und den Vertretern der Gewerkschaftskongresse und des Landesauschusses der Arbeiterpartei getroffene Vereinbarung über das Washingtoner Übereinkommen über die Arbeitszeit. Die Vertreter haben vereinbart, daß man der britischen Regierung keine Gelegenheit geben dürfe, unter dem Vorwand der von den Eisenbahngewerkschaften gegen das Washingtoner Übereinkommen geltend gemachten

Zur Gewinnung der Frau

Von Hedwig Wachenheim

Immer deutlicher zeigt sich, daß die wirkliche Befreiung der Frau weit über die staatsbürgerliche Gleichberechtigung eine Frage der wirtschaftlichen und geistigen Struktur der Gesellschaft überhaupt ist. Trotz der Gleichberechtigung erringen die tatsächliche Gleichstellung nur wenig besonders Begabte oder in ihrer Wirtschafts- oder Soziallage besonders Bevorzugte. Sie bleibt eine Frage der Erziehung und Organisation der Gesellschaft.

Noch fehlt der Mehrheit der Frauen das Bewußtsein dessen, was volles Staatsbürgertum bedeutet und von ihnen fordert. In Deutschland ist der Mensch mehr als in anderen Ländern bewußtes Glied einer von Ideen bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Verbindung und übt als ihr Glied Einfluß auf die Gesamtheit aus. Der Arbeiterin und Arbeiterfrau fehlt noch zu oft diese Verbindung, vor allem das Gliedsein. Sie ist schwer zum Mitglied einer Körperschaft zu gewinnen, noch schwerer mit ihr zur Einheit zusammenzuschmelzen.

Wenn wir das überwinden wollen, müssen wir die Ursachen kennen lernen. Die Frau tritt jetzt gewissermaßen unvorbereitet in ein dem Mann angepasstes öffentliches Leben und ist gehemmt, sich einfach anzupassen. Sie ist es einmal durch ihre Mutterchaftsleistung und zum andern durch ihre gesellschaftliche Gesamtsituation, an der sich gerade jetzt starke Wandlungen vollziehen.

Die körperlichen Anstrengungen des Mutterwerdens, besonders in Verbindung mit Berufsarbeit, die starke Belastung einer Hausfrau und Mutter, die arbeitet, die geistige Einsamkeit der nicht gewerblich arbeitenden Hausfrau hindern sie, sich geistig in voller Freiheit zu entfalten. Die Schwangerschaft und die Mutterchaft binden starke innere Kräfte, die damit von der Anteilnahme an dem Leben der Gesamtheit abgehalten werden. Auch die Arbeit der Hausfrau ist eine starke seelische Belastung in ihrer Verantwortung für das Wohlergehen der nächsten Menschen. Nicht nur die Mutterchaft, schon das Bewußtsein um die Möglichkeit, Mutter zu werden, lassen die Frau jedes Liebeserleben tiefer, weil mit dem Geheimnis alles Lebens verbunden, empfinden als den Mann. Das alles verwickelt die Frau fest in ihren persönlichen Lebensring.

Bisher haben die Frauen durch die Erziehung, die sie auch im Proletariat erhielten, ihre Berufsarbeit als Durchgang zur Ehe angesehen. Wozu tiefe Bindungen eingehen, da doch bald völliger Umschwung im Leben der einzelnen eintritt? Eine leichte Unsicherheit ist eingetreten: die Berufsarbeit der Frau wird immer selbstverständlicher, die Ehen immer lockerer. Der Boden des sonst so sicheren Hafens wird schwankend, die Ehe in ihrer heutigen Gestalt steht in einer Krise. Diese Unsicherheit beschäftigt und quält verheiratete und unverheiratete Frauen. Noch wissen sie nichts daraus zu formen, noch lenkt sie die Unsicherheit noch mehr in sich selber. Aber wer klar sieht, soll sich der Möglichkeit, diesen Augenblick zur Erziehung zur vollen Staatsbürgerlichkeit und Menschlichkeit zu nutzen, bewußt sein.

Die ganz besondere geistige Haltung der Frau bedingt be-

Bedenken die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zu unterlassen. Die Delegierten beschloßen außerdem, daß die Ratifizierung des Übereinkommens unter keinen Umständen eine Veränderung der zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und den Eisenbahngesellschaften abgeschlossenen Verträge bedingen darf. Verträge, welche einen bestimmten Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche garantieren. Sie waren ferner der Auffassung, daß im Hinblick darauf, daß die Eisenbahn- und Verkehrsunternehmungen öffentliche Dienstzweige mit besonderen Arbeitsbedingungen sind, es notwendig sei, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Die parlamentarische Gruppe der Arbeiterpartei soll aufgefordert werden, im Laufe der nächsten Parlamentstagung einen Gesetzesentwurf über die Ratifikation der Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag einzureichen, welche die eben erwähnten Bestimmungen enthalten soll.

Diese Umstände haben anscheinend die englische Regierung veranlaßt, die Konferenz der Arbeitsminister in London einzuberufen. Der englische Premierminister Baldwin hat am 1. Februar im Unterhaus darüber folgendes gesagt:

Bekanntlich wurde auf der Washingtoner Arbeitskonferenz ein Übereinkommensentwurf über die Regelung der Arbeitszeit angenommen. Ich war immer der Auffassung und ich weiß, daß viele Mitglieder des Hauses ebenfalls dieser Auffassung sind, daß die beste Methode zur Aufrechterhaltung unserer Arbeitsbedingungen darin besteht, mehr und mehr eine Einheitlichkeit dieser Bedingungen unter den industriellen Ländern zu erzielen, mindestens in bezug auf die Arbeitszeit.

Ich weiß nicht, ob wir Erfolg haben werden. Wir werden alles daransetzen, um ein vollständiges Übereinkommen zu sichern. Wenn diese große Verständigung erreicht ist, wird die Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens möglich sein, und wir werden zur Ratifikation schreiten. Wir werden uns aber nicht anschicken zu ratifizieren, solange wir nicht davon überzeugt sind, daß wir alle genau das gleiche wollen. Selbst wenn wir kein so präzises Übereinkommen erzielen, daß wir in der Lage sind, diese Ratifikation vorzunehmen, hoffe ich doch sehr stark, daß wir zu einer nützlichen Verständigung kommen und einen wirklichen und sachlichen Schritt vorwärts machen zur Herbeiführung einer einheitlichen Arbeitszeit in den wichtigsten Industrieländern. Dieses Ergebnis würde meiner Ansicht nach für alle einen unerschätzbaren Vorteil bedeuten.

Wenn Baldwin sagt, „wir werden alles tun, um ein vollständiges Übereinkommen zu sichern,“ so ist zu hoffen, daß dieses Ergebnis anlässlich der neuen Zusammenkunft der Arbeitsminister erreicht werden wird.

In bezug auf die Londoner Konferenz hat Jouhaux in „Le Peuple“ einen Aufsatz veröffentlicht, der interessant ist, weil in ihm vom Arbeiterstandpunkt aus die Grenzen aufgezeigt werden, die der Londoner Konferenz gezogen sind. Er schreibt:

In London kann es sich nicht darum handeln, das Washingtoner Übereinkommen zu ändern. Nur die Internationale Arbeitskonferenz würde dies vermögen. Die Konferenz zu London wird sich, wenn möglich, über eine genaue und einheitliche Auslegung des Achtstundentags-

tagsübereinkommens im Rahmen und in der Anwendung der Grundsätze des Washingtoner Übereinkommens zu einigen haben. Es ist also die Aufgabe derer, die dafür verantwortlich sind, aufmerksam darüber zu wachen, daß bei dieser Ministerkonferenz in London, an der auch Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, teilnehmen wird, die international eingegangenen Verpflichtungen anerkannt werden, daß die auf Grund feierlicher Verträge geschaffenen Einrichtungen in ihrer Verfassung nicht angetastet werden und daß das Ziel vor allem sein muß, eine Verständigung auf der Grundlage der Gerechtigkeit herbeizuführen.

Das Bodenreformgesetz kommt!

Dem energischen Verlangen aus dem Volke heraus nachgebend, scheint sich die Reichsregierung nunmehr endlich dazu bequemen zu wollen, den seit 1920 vorliegenden Bodenreform-Gesetzesentwurf im Reichstag zur Beratung zu stellen. Am 1. Oktober v. J. ist vom Preussischen Landtage der Antrag Grzesinski u. Gen. angenommen worden, mit dem von der Reichsregierung die Vorlage eines Bodenreformgesetzes gefordert wurde. In öffentlichen Versammlungen in Berlin und in den Ländern wurden einmütig Resolutionen angenommen, die die Forderung dieses Antrages mit größter Entschiedenheit vertreten, und Reichstagsabgeordnete aller Parteirichtungen werden durch Zuschriften ihrer Wähler bestürzt, für die Annahme dieser Forderung zu stimmen. Vielleicht schon in den nächsten Tagen wird der Reichstag über den Antrag Probus zu entscheiden haben, der ebenfalls die Reichsregierung ersucht, „alsbald ein Bodenreformgesetz nach dem Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium vorzulegen“.

Dieser Ständige Beirat, der im Mai 1920 durch den Reichsarbeitsminister eingesetzt worden ist, wird am 22. März d. J. zusammentreten, um seinen Entwurf von 1920 dem heutigen Stand der Boden- und Siedlungsgesetzgebung anzupassen, ihm die Form zu geben, die das Gesetz haben soll. Der Reichsarbeitsminister hat damals den Ersten Vorsitzenden des Bundes Deutscher Bodenreformer, D. Dr. Wolf Damaschke, mit der Bildung des Ständigen Beirats beauftragt und ihm auch den Vorsitz übertragen. Als Mitglieder wurden in den Beirat je 1 Vertreter der 6 größten deutschen gewerkschaftlichen Organisationen und 6 Einzelmitglieder (Wissenschaftler, leitende Verwaltungsbeamte) berufen, zu welchen eine Anzahl Sachverständige aus anderen Kreisen gestellt wurden. Nach der neuerdings vom Reichsarbeitsminister genehmigten Zusammensetzung des Ständigen Beirats gehören diesem jetzt an 12 Mitglieder und 14 Sachverständige. Unter den Sachverständigen befinden sich auch die Vorsitzenden des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, der Schwäbischen Siedlungsgesellschaft, der freigewerkschaftlichen und christlichen Bauarbeiter, des Sächsischen Siedlerverbandes, der Geschäftsführer des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe u. a. m. Selbstverständlich waren bei der Berufung zur Mitarbeit im Ständigen Beirat nur sachliche Erwägungen maßgebend.

sondere Methoden und Worte, sie für die Aufgaben der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das Ergebnis allerdings muß die Möglichkeit zu gemeinsamer Weiterschulung und -arbeit von Mann und Frau sein, denn das Ziel ist das gemeinsame Werk.

Die Organisation der Frauen wird auf Jahre hinaus unendlich mühsam bleiben und nur gelingen, wenn der Kreis ihrer persönlichen Interessen und Erlebnisse sozusagen ausgebeult wird und neue Gesichtsfelder hineingezogen werden. Eine kleine Zahl wird immer mit rein intellektuellen Mitteln und der Begeisterung für hohe Ziele zu gewinnen sein. Die große Masse wird immer besonderes Verständnis für die besonderen körperlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Bedingungen brauchen. Sie will fühlen, daß nicht nur ihre schlechteren Löhne, die Überanstrengungen durch Hausfrauenarbeit neben dem Beruf begriffen werden, sondern auch der ganze Ballast wirtschaftlich-körperlich-seelischer Hemmungen, der sie hindert, frei in die Welt zu schreiten.

Die eigentliche Arbeiterinnenbildung, die den Verstand zum Denken erzieht und gleichzeitig das Wissen um die gesellschaftliche Entwicklung vermitteln soll, muß sich von dem besonderen Frauenkreis aus erweitern, von ihm aus in andere Gebiete erstrecken. Das Hauswirtschaftliche muß ins Volkswirtschaftliche, vom Volkswirtschaftlichen ins Weltwirtschaftliche weisen. Der Wochenetat der Familie, der den Verheirateten nähersteht als die Berufsprobleme, muß zur Preis- und Lohnfrage, von da aus zur Stellung der Arbeiter im Betrieb, der Industrie, der Wirtschaft überhaupt, zu Arbeitsrecht und Sozialpolitik langsam führen, der Gesundheitszustand der Familie über einen

ähnlichen Weg zur Sozialversicherung. Der Agitator oder Bildner, noch besser, weil sie sich besser einfühlend wird, die Agitatoren oder Bildnerinnen, darf nie vergessen, daß sie schwerlich vor Menschen stehen wird, die Betrieb, Nation und Welt selbst lenken wollen, sondern vor solchen, die den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erst begreifen lernen müssen.

Frauen, die darüber hinausgewachsen sind und in die allgemeine Bewegung drängen, sollten freigelassen werden. In oft wird von ihnen verlangt, sie sollen da und dort sein. Zur wirtschaftlichen Doppelbelastung tritt so die gewerkschaftliche. Wenn sie Lehrer sein können, sollen sie als solche wiederkommen.

Wichtig vor allem ist die Mädchen- und Frauenbildung. Keine Gewerkschaft darf sie mit dem Gedanken, es handle sich ja doch nur um kurzfristige Mitglieder, vernachlässigen. Das junge Mädchen ist noch weniger beschwert von den Lasten des heutigen Frauenlebens. Je früher in ihm das Bewußtsein von der übergeordneten Gemeinschaft geweckt wird, um so tiefer wird es sie erfassen, um so eher wird es später in der Lage sein, die persönlichen Erfahrungen auf ihren wahren Gehalt zurückzuführen und sich ganz den Aufgaben der Gesamtheit zu widmen.

Es kommt jetzt darauf an, aus der rechtlichen Staatsbürgerin eine zu machen, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe wahrhaft bewußt wird. Es kommt darauf an, in der Frau trotz ihrer wirtschaftlichen Zwitterstellung ein einheitliches Bild vom gesellschaftlichen Hintergrund ihres Lebens zu entwickeln. Das ist die Voraussetzung für die volle Auswirkung der Frauenkraft in der Arbeiterbewegung. (Metallarbeiter-Zeitung)

Die Boden- und Siedlungsgelehrte in Reich und Län- dern hat sich seit 1920, seitdem der Ständige Beirat seinen Ent- wurf eines Bodenreformgesetzes der Reichsregierung einge- reicht hat, recht bedeutsam entwickelt. Es sei erinnert an die Novelle vom 29. Juni 1922 zur Reichspachtordnung, welche für das gesamte ländliche Pachtwesen und für die Heuerlinge von größter Wichtigkeit ist, — ferner an die Verschlechterung der Pachtordnung durch die Notverordnung der sozialisten- reinen Reichsregierung vom 12. Februar 1924, von welcher die kleinen Pächter schwer geschädigt sind. Durch einen Juni 1924 im Reichstag eingebrachten Initiativantrag, der ein volles Jahr hingeschleppt wurde, ehe er im Plenum zur Verhandlung kam, ist wenigstens der Pachtzuschuß bis zum Jahre 1927 verlängert, und sind auch die nach dem 1. März 1924 abgeschlossenen Pacht- verträge geschützt. Gegner des Bodenreformgesetzentwurfes be- haupten, unter Hinweis auf die nach 1918 entstandenen Sied- lungsgesetze, insbesondere das Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919, die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919, die Verordnung zur Behebung der drin- gendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, die am 9. Juni 1920 erlassene durch die Novelle vom 22. Juni 1922 erweiterte Reichspachtordnung und das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925, daß man mit dem Reichsbodenreformgesetz offene Türen eintenne.

Richtig ist, daß die genannten Gesetze noch längst nicht in der Rechtspraxis durchgesetzt sind, daß es gut wäre, wenn die, in den verschiedensten Gesetzen vorhandenen Bestimmungen zu einer fortschrittlichen Ordnung des Boden-, Siedlungs- und Wohnungswesens zusammengefaßt würden und damit die ganze umfangreiche Gesetzgebung durchsichtiger würde. Aber damit wären die wichtigsten Forderungen, die der Ständige Beirat in seinem Gesetzentwurf aufgestellt hat, nicht erfüllt. Der Zweck- gedanke dieses Gesetzentwurfes ist in seinem § 1 ausgedrückt: „die Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern zu verpflichten, Bodenvorratswirtschaft zu treiben, um das notwendige Land für Heimstätten, Ruzgärten und sonstige Siedlungszwecke, so- wie für öffentliche Anlagen zu beschaffen.“ Es versteht sich von selbst, daß die Bodenvorratswirtschaft der Gemeinde ihre Gren- zen hat in dem öffentlichen Bedürfnis; — auch wenn dies nicht im § 1 des Gesetzes gesagt wäre.

Der Gesetzentwurf des Ständigen Beirats ist somit die not- wendige Ergänzung des Reichsheimstättengesetzes von 1920. Seine wichtigste Aufgabe ist, das für die praktische Durch- führung des Reichsheimstättengesetzes erforderliche Land für Volksiedlungszwecke (Reichsheimstätten) freizumachen.

Der Gesetzgeber hat hierbei das Kleinhaus im Sinn. Nur kurz sei hier, in Rücksicht auf den knappen Raum, angedeutet, wie wichtig, so betrachtet, ein solches Gesetz für die Großstadt- bewohner, insbesondere für die Berlins ist. Wenige Zahlen über die Verteilung der Hauszinssteuer für Neubauzwecke vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1925 zeigen, in wieviel höherem Maße sich die Mietskasernen als das Kleinhaus des Wohlwollens der Berliner Stadtverwaltung zu erstrecken hat. In der Berichts- zeit sind aus der Hauszinssteuer bezuschußt worden: im Hoch- bau (Mietskasernen) 1481 Wohnungen, im Flachbau 377 Woh- nungen. Wer da weiß, wie verheerend auf Gesundheit und Sitt- lichkeit unseres Volkes das Mietskasernensystem wirkt, wird dieses Zahlenverhältnis aufs tiefste beklagen.

In der Zielrichtung des Bodenreformgesetzentwurfes, um welches im Reichstag heiß gerungen werden wird, liegt der Kampf gegen die Mietskasernen. Die Grundstückspekulanten machen mit allen Kräften mobil gegen das kommende Boden- reformgesetz. Wächten die Massen und deren Führer in den Parlamenten beiraten, was es für das Volk zu bedeuten hätte, wenn die Boden-, Siedlungs- und Wohnungsreformer in diesem vom Bund Deutscher Bodenreformer geführten Kampf unterlägen. Der Bodenreformgesetzentwurf muß unter allen Umständen und zwar nach dem Grundgedanken des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen Gesetz werden. Darin liegt ein Schicksal für unser Volk.

Victor Roach

Genossenschaftliches

Genossenschaftliche Eigenproduktion

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland bemüht sind, einen Wiederaufbau anzu- bahnen. Soweit die getroffenen Maßnahmen geeignet sind, wirtschaftlicher Fortschritt zum Siege zu verhelfen, kann man sich damit einverstanden erklären. Die Konsumenten sollten sich jedoch darüber im Klaren sein, daß der Wiederaufbau im

Sinne der kapitalistischen Produzenten erfolgen soll. Die Plan- losigkeit des Produzierens ist ein Hauptübel und die größte Schwäche dieser Wirtschaftsweise überhaupt. Die Eigenproduk- tion der Konsumvereine lenkt die Produktion der Konsumgüter erst wieder in die richtigen Bahnen und stellt den gesunden Sinn jedes Produzierens wieder her, ja, sie ermöglicht über- haupt erst eine prinzipielle Aenderung der Wirtschaftsform und verwandelt das Produzieren für den offenen Markt in ein solches für den Bedarf. Dieses sinnvollere Produzieren soll sich als rationellere Gestaltung des Produktionsprozesses auswir- ken. Die Möglichkeit dazu ist sehr wohl gegeben, wenn man be- rücksichtigt, daß in einer derart geleiteten Produktionsweise falsche Kosten und Leerlauf viel leichter ausgeschaltet oder auf ein Minimum herabgedrückt werden können. Die Praxis der bestehenden Eigenbetriebe, die sich trotz stärkster Bekämpfung durch Gegner der Genossenschaftsbewegung nicht nur behaupteten, sondern sogar kräftig entwickelten, beweist das. Das Uebergewicht der genossenschaftlichen Eigenbetriebe sollte aber noch größer sein, da die in der privatkapitalistischen Wirt- schaftsweise auf die Rationalisierung wirkenden Tendenzen der freien Konkurrenz durch das Streben nach Monopolen mehr oder minder ausgeschaltet werden und so für die Wirtschafts- weise und den Verbraucher lange nicht mehr die Rolle spielen, die sie in früheren Zeitabschnitten darstellten. Die Eigenpro- duktion der Verbraucher, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Versorgung mit Bedarfsartikeln auf die rationellste Art und Weise zu ermöglichen, kann diese Folgewirkung der Konkurrenz aus sich selbst heraus entwickeln. Sie muß und tut es auch und zeigt so, daß das Zusammenarbeiten eine gesündere und dauer- haftere Grundlage für die wirtschaftliche Tätigkeit des Men- schen darstellt, als das Gegeneinanderarbeiten unter privat- kapitalistischen Wirtschaftsweisen.

Zentralverband deutscher Konsumvereine

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumver- eine berichtet durch Heinrich Kaufmann in der „Konsum- genossenschaftlichen Rundschau“, Nr. 11, vom 13. März über Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der ange- schlossenen Genossenschaften im Jahre 1925. Im letzten Kalen- derjahr haben von 1110 angeschlossenen Konsumgenossenschaf- ten 1033 mit 3 365 000 Mitgliedern berichtet.

Der Umsatz der berichtenden Konsumgenossenschaften er- höhte sich von 548,7 Millionen Mark auf 702,5 Millionen Mark oder von 159,32 M auf 208,76 M je Mitglied. Im letzten Frie- densjahr erzielten die berichtenden 1094 Konsumgenossenschaf- ten mit 1 718 000 Mitgliedern einen Umsatz von 493 Millionen Mark. Absolut ist also sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem letzten Friedensjahr eine ganz erhebliche Stei- gerung zu verzeichnen. Verhältnismäßig ist gegenüber dem letz- ten Friedensjahr ein Rückgang, nur gegenüber dem Jahre 1924 eine Zunahme zu konstatieren. Im letzten Friedensjahre betrug der Durchschnittsumsatz je Mitglied 287,03 M, im Be- richtsjahre 208,76 M und im vorhergehenden Jahre 159,32 M. Hierbei fällt noch ins Gewicht, daß seit dem letzten Friedens- jahre die Warenpreise erheblich gestiegen sind.

Die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben stieg in den bei- den letzten Jahren von 15 Millionen Mark auf 26,1 Millionen Mark, wovon durch Aufwertung 12,4 Millionen Mark entstan- den sind. Nach der Verbandsstatistik betrug die Summe der Geschäftsguthaben im letzten Friedensjahre 33,8 Millionen Mark. Auf jedes Mitglied entfielen im letzten Friedensjahre 19,66 M, im ersten Jahre nach der Inflation 4,35 M und im ver- flossenen Kalenderjahre 7,77 M an Geschäftsguthaben. Im Ver- hältnis zum Jahresumsatz sind 6,85 Prozent bzw. 2,73 Prozent bzw. 3,72 Prozent Geschäftsguthaben vorhanden.

Erheblich günstiger stellte sich im Vergleich zum letzten Friedensjahre die absolute Entwicklung der Spareinlagen. Während in den beiden verlossenen Jahren eine Erhöhung der Spareinlagen von 49,5 Millionen Mark auf 82,7 Millionen Mark, wovon 43,1 Millionen Mark durch Aufwertung entstan- den sind, zu verzeichnen war, betrug im letzten Friedensjahre der Betrag der Spareinlagen 80,2 Millionen Mark. Der ver- hältnismäßig hohe Betrag der Aufwertung beruht darauf, daß bis zur Inflationszeit eine gewaltige Steigerung dieser von den Mitgliedern anvertrauten Kapitalien vorhanden ist, näm- lich auf 182,6 Millionen Mark im Jahre 1918. Wenn die Kon- sumgenossenschaftsbilanzen jetzt eine Aufwertung von 43,1 Mil- lionen Mark aufweisen, so läßt das erkennen, wie stark in den Genossenschaften das Interesse der Mitglieder gewahrt worden ist. Es ist daher auch zu verstehen, daß die Spareinlagen jetzt wieder ein erfreuliches Wachstum zeigen. Das Vertrauen der Mitglieder ist wieder gewonnen worden.